Deshalb - so ihre eigenen Vorstellungen - müsse alles unternommen werden, um den Prozeß der Entwicklung des sozialistischen Staatsbewußtseins zu stören und zu hemmen.

Die Bonner Regierung sowie die feindlichen Zentralen und Zentren erwarten - wie sie selbst formuliert haben - eine "verstärkte Ausstrahlung des politischen und sozialen Systems" der BRD und des Wirkens sozialdemokratischen und anderen bürgerlichen Gedankengutes, zumindest auf einen Teil der DDR-Bevölkerung.

Sie spekulieren darauf, daß sich die DDR-Bevölkerung - langfristig gesehen - allmählich der westlichen Ideologie annähern und in zunehmendem Maße Druck auf Partei und Regierung im Sinne der sogen. "Demokratisierung des Herrschaftsystems" ausüben werde.

Mit diesen feindlichen Aktivitäten hängen die Bestrebungen zusammen, die Kontakttätigkeit besonders zum Zwecke der Verstärkung der politisch-ideologischen Diversion sowie für andere feindliche Ziele und Absichten auszubauen.

Der Gegner knüpft große Erwartungen daran, daß die Forcierung "privater" Begegnungen und Kontakte wesentlich dazu beitragen wird, die sogen. gesamtdeutsche Präsenz aufrechtzuerhalten und die "Gemeinsamkeiten", die "Notwendigkeit menschlicher Begegnungen" usw. zu stärken.